

Wichtige städtische Investitionen müssen finanziert werden – große Entwicklungschancen für die Stadt

Der Ausbau vieler Lindauer Straßen ist dringend notwendig

Der schlechte Zustand vieler Straßen in Lindau wird seit Jahren beklagt. Das bayerische Kommunalrecht sieht beim gemeindlichen Straßenausbau eine Kostenteilung vor. Der Bayerische Kommunale Prüfungsverband und die Kommunalaufsicht forderten den Erlass einer entsprechenden Satzung in Lindau mit finanzieller Beteiligung der betroffenen Anwohner viele Jahre lang. Diese Satzung wurde dann 2012 erlassen. Jetzt stehen die ersten Baumaßnahmen an.



Mit ersten Ausbaumaßnahmen will die Stadt am Alten Schulplatz und in der Fischergasse beginnen. Dazu finden vorab gesonderte Informationsveranstaltungen statt. BZ-Fotos: WV

In den nächsten Monaten entscheidet die Stadt über große Entwicklungschancen. Diese dürfen nicht ungenutzt bleiben. Die langen Schrankenschlüsse lähmen das innerstädtische Leben immer mehr. Viele Lindauerinnen und Lindauer erwarten deshalb dringend und schnellstmöglich die Beseitigung der Bahnübergänge am Langenweg und an der Bregenzer Straße. Die Planung der Unterführungen ist weit fortgeschritten, die notwendigen Fach- und Finanzierungsbeschlüsse müssen bald gefasst werden, sonst droht eine Verschiebung auf den „Sankt Nimmerleinstag“.

Kostenbeteiligungen bei Baumaßnahmen rund um die Bahnhöfe Insel und Reutin

Erste Vereinbarungen mit der Bahn über die für Lindau sehr vorteilhafte Zwei-Bahnhofs-Lösung Lindau-Insel und Lin-

dau-Reutin mit einer deutlichen Verbesserung des Bahnangebots stehen an. Zu den zahlreichen in Lindau in den nächsten Jahren geplanten Baumaßnahmen der Bahn wird die Stadt erhebliche Finanzierungsanteile beitragen. Seit der Diskussion über die Kombilösung wurde darüber mehrfach ausführlich berichtet.

Erhebliche eigene Mittel auch bei der Inselhalle

Die zukunftsfähige Erweiterung und Erneuerung der Inselhalle, die im Stadtrat ebenfalls einstimmig unterstützt wird, ist das bisher größte Bauprojekt der Stadt. Es wird der Stadt Lindau auch unter erheblicher Beteiligung des Freistaats Bayern eine hohe finanzielle Eigenbeteiligung abverlangt.

Schlechter Straßenzustand wird beklagt

Der schlechte Zustand der Lindauer Straßen wird seit vielen Jahren zu Recht beklagt. Um dem abzuhelpen, werden in den nächsten Jahren hohe Aufwendungen zur Sanierung zahlreicher Lindauer Straßen oder für ihren Ausbau notwendig sein. Der Bauausschuss hat sich am 30. September in öffentlicher Sitzung ausführlich damit beschäftigt.

Während die Lindauer Großprojekte aus allgemeinen Haushaltsmitteln, insbesondere Steuereinnahmen (Gewerbe- und Grundsteuer etc.) finanziert werden, sieht das bayerische Kommunalrecht im gemeindlichen Straßenausbau eine Kostenteilung vor.

Der Neubau gemeindlicher Straßen wird weit überwiegend von den Anliegern über Erschließungsbeiträge finanziert. Beim Ausbau gemeindlicher Straßen ist eine Aufteilung des Aufwands zwischen der Stadt (Eigenanteil) und den Anliegern (Straßenausbaubeitrag) vorgesehen. Hier ist jede Straße nach ihrer Verkehrsbedeutung gesondert zu betrachten und je nach Kostenaufwand und erschlossenen Grundstücken der Anlieger errechnen sich entsprechende Kostenbeiträge (vgl. hierzu ausführlich in der BZ vom 12.10.2013).

Betroffene Anlieger werden rechtzeitig informiert

Die Stadt wird bei sämtlichen geplanten Ausbaumaßnahmen vorab mit den betroffe-

nen Anliegern gesonderte Informationsveranstaltungen durchführen, in denen die Maßnahmen erläutert und etwaige Fragen beantwortet werden.

Es ist der Stadt angesichts ihrer vielfältigen Investitionsaufgaben, wie Schulen, Kindergärten, Krippen etc., nicht möglich, in den Bereichen, in denen vom Bayerischen Gesetzgeber Kostenbeteiligungen der Anlieger vorgesehen sind, darauf zu verzichten. Die Stadt Lindau hat das Gesetz viel zu lange nicht angewandt, was am Zustand der Lindauer Straßen abzulesen ist.

Unnötige Ausgaben vermeiden – Einnahmequellen ausschöpfen

In den nächsten Jahren geplante Investitionen können nur dann realisiert werden, wenn unnötige Ausgaben vermieden und die vom Gesetzgeber vorgesehenen Einnahmequellen ausgeschöpft werden. Jeder muss dazu seinen Beitrag leisten. Wer diesen Weg nicht mitgeht, riskiert einen weiteren Anstieg des Schuldenbergs. Das kann und darf man den nachfolgenden Generationen nicht aufbürden. Die Schulden wurden erst in den letzten Jahren um über vier Millionen Euro reduziert. Die Stadt Lindau ist also auf dem richtigen Weg. Wer nach der Stadt als alleinigem Kostenträger ruft, der vergisst: Die Stadt sind wir alle!